

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

118 (27.5.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

<p>Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abzügen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Nr. 325, durch den Briefträger ins Haus gebracht, Nr. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.</p>	<p>Fernsprecher Nr. 595.</p>	<p>Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen“. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch“.</p>	<p>Fernsprecher Nr. 585.</p>	<p>Anzeigen: Die sechsspaltige Petizions- oder deren Raum 25 Pfg. Restamen 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.</p>	
<p>Rotationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.</p>		<p>Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: A. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichtendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wagh; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.</p>		<p>Verantwortlich: Für Anzeigen und Reklamen: Hermann Wahler in Karlsruhe.</p>	

Was ein „aufrichtiger Politiker“ von der Richtung des „Volksfreund“ dem Publikum zu bieten vermag.

In Nr. 115 vom 19. Mai hat der „Volksfreund“ eine so tolle Schimpferei gegen die Zentrumspresse losgelassen, daß man unwillkürlich sich fragen muß, ob der Verfasser in einem moralischen Lobzusammenhang sich befindet hat. Nebenfalls verfügt er über eine Kaffertage, die ihresgleichen sucht. Er widmet der Zentrumspresse folgende Artikel:

„Sie lügen wie der Teufel und schwindeln aus Freigipf.“

So soll einst Dr. Siegel von der Zentrumspresse gelagt haben. Kolb findet, daß dieselbe damit „kurz aber treffend“ charakterisiert worden ist.

„Man ist ja von der Zentrumspresse, namentlich der Feuilleton, auf dem flachen Land verbreitet, hinsichtlich des Lügens, Verleumdens und Schwindels nachgerade viel gewohnt.“

So fährt Kolb weiter fort und fügt bei:

„Kürzlich aber hat die Freiheit, mit der ein solches, natürlich nur von ganz frommen Leuten bedientes Blättchen schwindelt, doch noch in Erläuterung.“

Und er fählig die Zentrumspresse als „Schwarzpapierene Augenpfeife“ zu bezeichnen, macht er sich daran, eines derselben mit Extra-Schreibenswürdigkeiten zu bedecken, den „Ager- und Wähler Vote“.

Der Ager, Kolb, der glaubt Schräge machen zu sollen über das, was der aufrichtige Politiker tun und nicht tun soll, bringt es nämlich über sich, die Unart abzulegen, die Zentrumspresse als „Waldmichel“ zu titulieren, um sie damit zu schimpfen. Auf Kosten des Zentrumspresseblattes von zu schimpfen. Auf Kosten des Zentrumspresseblattes von zu schimpfen.

„Es ist doch etwas Großartiges um das Christentum solcher Schwindelhafter.“

und jetzt erklärend bei:

„Auch wenn einer Länge zwanzig Mal der Hals umgedreht würde, bringen es diese „frommen“ Zentrumspresseblätter, sie immer wieder aufzufrischen.“

Erst jüngst, behauptet er, habe der „Wob.“ zugegeben, daß er sich „geirrt“ habe, nachdem er (der „Wob.“) „seine Lüge“ festgenagelt habe, und nun kommt der Wähler Waldmichel und bringt denselben Schwindel wieder.“

Darauf folgt die allgemein gefasste Klage: „So geht es fort, denn gegen diese Sorte Gemeinheit gibt es keine Mittel.“

Der „Volksfreund“ hätte eben deswegen auch den Bericht des „Ager- und Wähler Vote“ ignoriert, wenn er nicht noch eine andere Lüge enthielte.

Anschließend um die Unarten etwas mannigfaltiger zu gestalten, spricht er noch von den „langen Ohren“ des Berichterstatters des Wähler Zentrumspresseblattes und von dessen „sehr mangelhaften Begriffsvermögen“. Derselbe habe sich einen Satz der Kolb'schen Rede in Ager.

„aus den Fingern gezogen, vielleicht lediglich zu dem Zweck, um auch am Schlusse des Berichts noch eine saftige Verleumdung vorbringen zu können.“

Den Schlus der ganzen Leistung bildet folgender Ertrag:

„Und die so in Politik machen, gerieren sich als „fromme Christen“, gehen täglich in die Kirche, beten für sich und womöglich auch für andere, die sie für noch schlechter halten, als sie selber sind und heucheln Entschuldig über die Religionslosigkeit.“

Für diese Sorte „Christentum“ gibt's zur Kennzeichnung zwei gute deutsche Worte: „Falsch“ und „Teufel“.

Der „Ager- und Wähler Vote“ möchte so tadelnswert aufgetreten sein als er wollte, so könnte doch dieser Leistung nur das allerhöchste Zeugnis ausgestellt werden. Sie übersteigt das Maß dessen, was man für möglich halten sollte. Der in Frage kommende Artikel des Wähler Zentrumspresseblattes enthält irreführend den Lobzusammenhang des „Volksfreund“ nicht im entferntesten. Derselbe zitiert zwei Stellen, die ihm bezw. den Stadtrat und Abg. Kolb „aus dem Haus gebracht“ haben. Die eine Stelle bildet die Einleitung zum Bericht über Kolb's Rede in Ager und lautet:

„Der Parteipräsident der badischen Sozialdemokratie, der Blamagegekrönte Feldherr“, wie ihn ein sozialdemokratisches Organ, die „Leipziger Volkszeitung“, nannte, der Redakteur des „Volksfreund“, Herr Wilhelm Kolb, sprach gestern vormittag im „Wob.“ darüber über Gemeinheitswesen. „Genosse“ Kolb ist als vielseitiger Mann bekannt. Er kann nicht nur mit sieben Zungen reden, er bringt es sogar fertig, über Landtagsverhandlungen, die gar nicht stattgefunden, Berichte zu schreiben, sich selbst darin als schlagfertiger Redner zu belohnen und diese Berichte im „Volksfreund“ den „Genossen“ zu unterbreiten.“

Das soll „Schwindel“ sein, eine „Lüge“ x. l. Und doch ist alles zutreffend, der tatsächlichen Wahrheit durchaus entsprechend, bis auf zwei Punkte von minderer Bedeutung.

Kolb ist als „der Parteipräsident der badischen Sozialdemokratie“ bezeichnet, was nicht ganz den Tatsachen entspricht. Wer ihn so bezeichnet, ist unbillig vollstän gerechtigt, denn der Herr benimmt sich, wie wenn er das wäre und noch mehr. Er selbst läßt indessen gegen diese nicht ganz zutreffende Bezeichnung nichts zu haben.

Vollständig wahr ist, daß er von der „Leipziger

Volkszeitung“ als „Blamagegekrönter Feldherr“ bezeichnet worden ist;

ganz wahr und zutreffend ist die Behauptung, er sei „als vielseitiger Mann bekannt“;

ganz zutreffend ist die Behauptung, daß er „mit sieben Zungen reden kann“;

ganz wahr ist, daß er es „fertig gebracht“ hat, einen „Bericht über Landtagsverhandlungen zu schreiben, die gar nicht stattgefunden haben“;

wahr ist endlich auch, daß er in diesem Bericht sich selbst als Redner einführt.

Soweit stimmt alles, was der „Ager- und Wähler Vote“ geschrieben hat. Nun aber kommt eine Unrichtigkeit. Natürlich hat Kolb mit Hervorhebung seiner nichtgehaltenen Rede sich nicht schelten wollen. Daß er sich „gelobhütel“ hat, ist indessen nicht wahr. Wenn jolches in dem einen oder anderen Zentrumspresseblatt schon gestanden hat, so ist das betreffende Blatt jedoch nahezu ganz unzulässig daran. Es hat einfach wiederholt, was der Führer der Sozialdemokratie, Abg. Ged. in öffentlicher Erklärung berichtet hat. Unterm 21. August 1908 schrieb genannter Herr:

„Denken Sie nur an die vor kurzem erfolgte Kolb'sche Verleumdung im „Volksfreund“ über eine nicht stattgefundene Zusammenkunft, worin in der badischen Zeitung Kolb mit seiner nichtgehaltenen Überzeugungsvollen Rede seine politischen Gegner, insbesondere die nationalliberalen Parteigenossen, auf den Boden niederstreckte und unmöglich machte.“

Es mag ein Mangel an Vorsicht sein, einen Sozialdemokraten in hervorragender Stellung eine Erzählung oder Verleumdung im Glauben an deren Richtigkeit nachzusprechen. Gegenstand einer Anschuldigung kann es aber nicht sein. Am allerwenigsten kann die schwere Anschuldigung der „Lüge“ und des „Schwindels“ daraus abgeleitet werden. Geschichte es doch, so muß man es als eine Ungeheuerlichkeit bezeichnen, ganz besonders dann, wenn es von sozialdemokratischer Seite so gemacht wird. Wie „Figura zeigt“, schreift Kolb vor solcher Ungeheuerlichkeit nicht zurück. Er möge sich die nachfolgende Anwendung näher beschaffen.

Bekanntlich ist ihm nachgelagt worden, er habe erklärt, neben Ged ein Mandat nicht mehr annehmen zu wollen. Er selbst stellte mit aller Bestimmtheit in Ager, d. h. in der Öffentlichkeit, fest, wenn nun jemand ihm aus Wort glaube und selber auch behauptet, Kolb habe solches nicht erklärt, waren dann Anschuldigungen gegen ihn zu erheben? Vermutlich wird Kolb mit uns die Frage verneinend beantworten. Wie weiter bekannt ist, war die Kolb'sche Verleumdung tatsächlich unwar. Nachdem Jener gegen ihn sich meldeten, mußte er es selbst zugeben und suchte sich damit auszuweiden, daß er behauptet, nur privatim sich so ausgesprochen zu haben. Wer also die Kolb'sche Verleumdung im Glauben an deren Wahrheit nachgesprochen hätte, müßte sich korrigieren.

Nach Kolb in Nr. 115 des „Volksfreund“ hat er sich mit seinem Nachsprechen der unwahren Kolb'schen Verleumdung der „Lüge“, des „Schwindels“ usw. schuldig gemacht.

Mit dem ersten Kolb'schen Beweis seiner ungeheuerlichen Anschuldigung sieht es also für Kolb selbst sehr fatal aus. Nachdruckswort wird man an das „Blamagegekrönt“ erinnert, welches ihm ein großes Blatt der eigenen Partei umgehängt hat.

Wie sieht es mit einem zweiten Beweis?

Im „Ager- und Wähler Vote“ wird erzählt:

„Mit großem Patos verkündete Kolb am Schlusse seiner Ausführungen, daß Liberalismus und Sozialdemokratie nie zusammengehen können, weder in den Personen noch in der Sache.“

Im Anschlusse daran machte das Blatt eine Bemerkung, welche Kolb als „saftige Verleumdung“ und „ganz charakteristisch“ für diesen glaubte. Er schrieb nämlich:

„Es liegt auf der platten Hand, daß Kolb weder dem Wortlaut noch dem Sinne nach einen solchen Lausim gesprochen hat. Der Berichterstatter des „Wähler- und Wähler Vote“ hat sich diesen Satz aus den Fingern gezogen, vielleicht lediglich zu dem Zweck, um auch am Schlusse des Berichts noch eine saftige Verleumdung vorbringen zu können.“

Man muß sehr behutsam sein mit der Meinung oder Behauptung, es sei „unmöglich“, daß Kolb etwas behauptet habe. Daß er das hier erzählte in der Form behauptete, wie es erzählt wird, erscheint indessen auch uns unmöglich. Es ist jedoch keineswegs ausgeschlossen, daß die Quelle des Zentrumspresseblattes von „Liberalismus“ im Sinne von „Nationalliberalismus“ gesprochen hat. Das ist in vergangenen Zeiten sehr viel vorgekommen und kommt auch jetzt noch vor. Wenn es auch hier der Fall wäre, so läge die Sache sofort anders. Auch mit den Nationalliberalen wird die Sozialdemokratie gerne zusammengebracht, Kolb selbst nicht im wenigsten. Gleichwohl ist es keineswegs unmöglich, ja nicht einmal unwahrscheinlich, daß er sich über ein solches Zusammenbringen so ausgesprochen hat, wie im „Ager- und Wähler Vote“ zu lesen war. Daß er dann morgen auch so handeln würde, wie er gestern gesprochen hat, wäre damit noch lange nicht gesagt. Schon mehr als einmal hat der Journalist Kolb in

meqwerfender Weise über die Nationalliberalen sich ausgesprochen, so daß man es nicht für möglich hätte halten sollen, daß jemals an ein Zusammengehen der beiden Parteien gedacht werden könnte.

Mag es übrigens sich damit verhalten, wie immer es will: in keinem Falle sind die massiven Anschuldigungen gerechtfertigt, wie Kolb sie erhoben hat.

Und die „saftige Verleumdung“?

Sie soll damit verübt worden sein, daß der „Ager- und Wähler Vote“ schrieb:

„Das sagt der selbe Herr Kolb, der seit Jahren sich die Finger wund geschrieben, um den Großblod wieder aufzuheben zu bringen, der deshalb selbst zum „Leichenbitter“ geworden.“

Daß es nicht im wörtlichen und wörtlichsten Sinne gemeint ist, wenn hier behauptet wird, er habe „sich die Finger wund geschrieben“, braucht vernünftigen Leuten nicht gesagt zu werden. Im übrigen stimmt es vollständig mit den Tatsachen überein, was das Wähler Zentrumspresseblatt hier behauptet. Es gehört eine erstaunliche Keckheit dazu, dies abzuleugnen zu wollen. Daß der Journalist Kolb über eine solche Keckheit verfügt hat man schon vorher gewußt oder wissen können.

Andere Anstellungen an den Einzelheiten des Berichtes im Wähler Zentrumspresseblatt hat Kolb nicht gemacht. Man darf daraus den Schluss ziehen, daß er selber deren Richtigkeit anerkennt, wenigstens inhaltlich. Greift man das eine oder andere auf, so wird man hoffentlich nicht Lebenswürdigkeiten zu gewärtigen haben, wie sie dem „Ager- und Wähler Vote“ gewidmet worden sind. Und an mehr als einer Stelle waren die Anschuldigungen Kolb's sehr einfach.

Er gefällt sich in spöttischen Hinweisen auf „Christentum“ und „Frömmigkeit“, was man bei gebildeten und geistreichen Leuten gewöhnlich nicht trifft. Unwillkürlich ist man versucht, aus solcher Reicherei den Schluss zu ziehen, daß das eigene Gewissen noch nicht beschwichtigt ist. Andere Leute brauchen sich mit diesem letzteren Punkte nicht zu befassen. Dagegen haben diejenigen, die an ihrem christlichen Glauben und der Bekämpfung desselben festhalten, ein Anrecht darauf, nicht mit solchen Unarten belästigt zu werden.

Nach seiner Redeweise scheint er, wenn auch nicht an Gott, so doch an Teufel zu glauben. Wenn böshafte Lügen ihn an Teufel erinnert, so begegnete er damit dem was unser christlicher Glaube lehrt. Der Teufel ist nach diesem Glauben Urheber und Vater der Lüge; je schlimmer ein Mensch liegt, desto mehr ähnelt er dem Teufel. Eine der allerhöchsten Lügen begeht man zweifellos dann, wenn man heuchlerisch über schlimme Dinge an Nebenmenschen sich entäußert, die derselbe gar nicht an sich hat, während man selbst daran krankt. Ein Stück Teufels-Praxis ist es auch, wenn man ein christliche Nächstenliebe appelliert, um Schlägen auszuweichen, welche die Verteidigung wichtiger und heiliger Interessen geradezu als pflichtgemäß erscheinen läßt, während man selber vom ganzen Christentum nichts wissen will und im eigenen Tun dem politischen Gegner gegenüber selbst die Gebote rein menschlicher Gerechtigkeit mißachtet.

Deutschland.

Berlin, 27. Mai 1909.

Der Kaiser gegen die Verbreitung seiner Bilder. Wie die „Tägl. Rundschau“ hört, hat der Kaiser und gleichermäße die drei ältesten Prinzen ein Rundschreiben an sämtliche Hofphotographen und Photographen der Mitglieder der kaiserlichen Familie durch seinen Oberhofmarschall richten lassen, in dem die Photographen sich schriftlich verpflichten müssen, sich des Rechtes an den von ihnen aufgenommenen Bildern des Kaisers, sowie der Mitglieder der kaiserlichen Familie zu begeben und diesen Bericht durch Unterschrift unter das Bild auszusprechen. Diese Photographie des Kaisers wurde herbeigerufen durch phantastische Gruppenzusammensetzungen, die zum größten Teil auf Ansichtskarten verbreitet wurden und die meist nicht sonderlich durch künstlerischen Geschmack sich auszeichnen. Die Photographen sind jetzt gehalten, alle Bilder, die der Öffentlichkeit übergeben werden sollen, vorher erst an die dargestellten förmlichen Persönlichkeiten einzuliefern und nur diejenigen vervielfältigen zu lassen, für die die Genehmigung erteilt worden ist.

Vom liberalen Streit in Bayern. Der „Frankische Courier“ Nr. 138 vom 22. Mai schreibt:

„Aus München, 21. Mai, schreibt man uns aus demokratischen Kreisen: Nach Mitteilungen der Presse hat die liberale Landtagsfraktion ihrer Enttäuschung gegen Rechtsanwalt Kolb wegen eines Artikels gegen Casselmann in Sachen Lehreraufhebung einstimmig Ausdruck gegeben. Es wäre interessant zu wissen, und die Öffentlichkeit hat wohl ein Recht darauf, es zu erfahren, ob zu diesem Zweck sämtliche Mitglieder der liberalen Landtagsfraktion, also mit Schubert, Wähler und Cronauer versammelt waren, oder nur die gegenwärtig anwesenden Mitglieder des Steuerausschusses. Hat sich auch der Demokrat Quide seinem Freunde Casselmann zuliebe an dem Versuch der Unterdrückung der freien Meinungsäußerung beteiligt? Rolle Starke ist hier

nötig, denn ein Parteigänger und wäre es der oberste, gilt nicht für alle Leute als heilig und unverletzlich.“

Auch Rechtsanwalt Kolb macht in der neuesten Nummer des liberalen „Fortschritt“ eine ähnliche Bemerkung, in dem er schreibt:

„Immer die ewig gleiche Geschichte. Um Gotteswillen nur keine Kritik, dagegen Anbeugung und Berühmung ohne Ende. Habe den Sturm vorausgesehen, weil ich noch immer in unseren Reihen bleibe, wenn einer der Wort hatte, zu sagen, was Tausende denken.“

Das sind weder Komplimente für Casselmann noch für die liberale Partei.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

— Zu dem Gerüchte einer österreich-japanischen Militärkonvention erzählt die „Köln. Zig.“ aus Petersburg: Zu den Meldungen auswärtiger Blätter, daß bei der Anwesenheit der japanischen Prinzen Kuni und Naohimoto in Wien ein österreichisch-japanischer Militärvertrag gegen Rußland unterzeichnet worden sei, schreibt Menschtikow in der „Nowoje Wrenja“, daß sich die Richtigkeit des Gerüchtes natürlich nicht feststellen lasse, da über derartige Verträge nicht an den Straßenden geschrieben werde. Man könne nur nach der mathematischen Notwendigkeit eines Vertrages urteilen und von diesem Gesichtspunkte müsse der Vertrag als tatsächlich abgeschlossen gelten. Der Nichtabschluß eines so natürlichen Vertrages würde einen ungeheuren Fehler Oesterreich-Ungarns und Japans bedeuten. Rußland habe keinen Grund, seine Nachbarn für so einfältig zu halten.

— Zur Jahrhundertfeier des Tiroler Freiheitskrieges. Der Vorstand des Tiroler Bauernbundes hat in seiner Sitzung vom 10. Mai beschlossen, die 24 000 Mitglieder des Bundes aufzufordern, aus Anlaß der Jahrhundertfeier der Landesbefreiung am 20. Juni abends um halb 9 Uhr im ganzen Lande sowohl Laub als auch Höhenfeuer anzuzünden.

— Zur ungarischen Krise. Die Bemühungen Dr. Bekeres, des ungarischen Ministerpräsidenten, die Kossuth-Partei zu einem Kompromiß zu bewegen und die ungarische Krise beizulegen, sind erfolglos geblieben, weil die Kossuth-Partei darauf bestand, daß die Regierung ihr übertragen werde. Da es unwahrscheinlich ist, daß der Kaiser diesen Wunsch erfüllt, rechnet man damit, daß eine Lösung der Krise erst nach der Sommerreise des Kaisers, also im September, möglich sein werde. In parlamentarischen Kreisen verläutet, daß Franz Kossuth, der heute bereits einleitet, daß die Fälligkeit der Unabhängigkeitspartei seinen Händen entglichen ist, entschlossen sei, sich vom politischen Leben zurückzuziehen. — Die „Reichspost“ bezeichnet den Versuch Bekeres als ein Mittel, nicht um die Krisis zu entweichen, sondern um die Entwürfung hinauszuschieben, um Zeit zur Sammlung der Kräfte der Koalition zu gewinnen.

— In Wien, 26. Mai. Der ungarische Ministerpräsident Bekeres wurde heute Mittag vom Kaiser in einständiger Audienz empfangen. Der Kaiser bevollmächtigte, wie verläutet, Bekeres, weitere Verhandlungen zur Entwürfung der Lage in Ungarn mit den Führern der Koalitionsparteien zu versuchen.

Italien.

□ Papst Pius X. über das deutsche Zentrum. Man schreibt der „Reichspost“ aus Rom: Die liberalen Zeitungen lieben es, ab und zu die Behauptung aufzustellen, der hl. Vater wäre vom deutschen Zentrum gar nicht so sehr erbaut; öfters bringen sie sogar Meldungen über erste Differenzen und große Unzufriedenheit des Papstes. Es ist zwar jedem Eingeweihten klar, daß dies ein aufgesetzter Lärm ist, aber immerhin ist es bezeichnend, daß solche Nachrichten immer wieder auftauchen. Von autoritativer Stelle wird versichert, daß der Papst von den außerordentlichen Verdiensten, die sich das Zentrum um den katholischen Glauben erworben hat, vollständig unterrichtet ist und dieselben hoch zu schätzen weiß. Als vorige Woche der neu ernannte Bischof von Dako, Mgr. Chiodini, in mehrstündiger Audienz dem Papste die Fortschritte und Bestrebungen um die katholische Organisation in Nordamerika schilderte, sagte ihm Papst Pius X.: Nehmen Sie sich den deutschen katholischen Volksverein und das Zentrum zum Muster, nicht nur deren Organisation, nein, suchen Sie auch deren Geist zu erfassen und nachzuahmen, denn gerade der Geist, der im deutschen Zentrum herrscht, hebt es so turmhoch über alle katholischen Organisationen anderer Nationen empor.

Balkanstaaten.

△ Bulgarien und die Türkei. Aus Sofia wird gemeldet: Wegen der fortwährenden türkischen Grenzverletzungen und Verschleppung der Orientbahnangelegenheit wurde die Entlassung der zur Lösung eintretenden Ministerien sifiziert.

Türkei.

|| Die Kammer hat die Zivilisten des Sultans und die Gehälter der Staatsbeamten beraten. Der Sultan würden 20 000 türkische Pfund als Monatsbezug bewilligt; der entthronte Sultan erhält monatlich 1000 Pfund, womit er alle seine Söhne bis zu 20 Jahren und seine unvermählten Töchter unterstützen muß. Der Thronerbe Jusuf Eddin erhält monatlich 2000 Pfund.

Die Zivilisten der übrigen Prinzen wurde von 1600 auf 800 Pfund reduziert; die Prinzessinnen erhalten 350 Pfund. Auch die Gehälter der Minister wurden von 250 auf 150 Pfund reduziert; diejenigen der vier Sekretäre des Großveziers (Ministerialräte) von 94, 64, 50 und 50 Pfund sogar auf 15 und 10 Pfund! Man findet vielfach, daß bei den „Guten“ denn doch etwas zu viel. (Ein türkisches Pfund = 18,64 Mk.)

Zur Lage in der Türkei. Der in Wien eingetroffene türkische Militär-Attache Gatti bei bezeichnet in einem Interview mit einem Redakteur des „Freundenblattes“ die derzeitige Lage in der Türkei als wesentlich beruhigt. Es werde nimmer möglich sein, die notwendigen Reformarbeiten in Angriff zu nehmen. Die Gerichte von einer Parlamentsvertagung sowie das dem Sultan Abdul Hamid der Prozeß gemacht und er in einem anderen Orte interniert werden solle, seien völlig falsch. Abdul Hamid werde auch fernerhin unbefähigt in Saloniki verbleiben. Von dem Vermögen Abdul Hamids seien 600 000 Pfund im Jüdisch gefunden worden. Außerdem habe der Sultan weitere 1 100 000 Pfund, die bei fremden Banken hinterlegt waren, herausgegeben. Weiter erklärte Gatti bei, daß die Trennung von der Goltz-Bank zum türkischen Markschall bereits erfolgt ist. Derselbe werde in kürzester Zeit seine Tätigkeit in der Türkei beginnen. Was die auswärtige Politik anlangt, so wünsche die ganze türkische Nation nichts sehnlicher als die Aufrechterhaltung des Friedens. Er glaube auch mit Entschiedenheit an die Herstellung guter Verhältnisse mit Bulgarien. Die Türkei werde alles tun, um jeden Anlaß zu einem Konflikt mit Bulgarien zu vermeiden.

In Armenien sind die Verhältnisse gar nicht befriedigend. Derselbe des armenischen Patriarchats zufolge sind in Ghasian und Negandrette wieder Unruhen ausgebrochen. Von türkischer Seite sucht man den Grund der Vorgänge in Armenien auf jede Weise zu verwickeln. Auch das offiziöse Wolffsche Bureau in Berlin hilft bei dieser Arbeit mit. Die Zahl der Toten wird von diesen Quellen bedeutend geringer angegeben, als sie tatsächlich sind. So weit brauchte denn doch die deutsche Freundschaft zu der Türkei nicht zu gehen, daß man selbst die schlimmsten Gewalttäter der Türkei gegen die Christen noch verurteilt und beschönigen hilft. Das ist ein trauriger Skandal. Ist's nicht genug, daß die Mächte ruhig die entsetzlichen Schändereien unter den Armeniern zulassen? Mühen wir den Türken auch noch helfen? Das ist einer zivilisierten Nation unwürdig!

Frankreich.

Ein neuer Skandal. Verzug und Diebstahl sind nahe Verwandte; gar oft muß der eine dem anderen nachsehen, so auch bei der französischen Regierung. Man könnte bald einen politischen Roman schreiben, wenn man alle Einzelheiten zusammenstellen würde, die sich allein um die Veranbarung der Kartäuser in der Grand Cartreuse gruppieren, freilich wäre das kein schöner Roman. Gegenwärtig wird in Grenoble ein neuer Prozeß um die Karte des berühmten Kartäuser-Klosters geführt. Dabei ist uns nicht gekommen, daß der Kommandeur bei der Herstellung der falschen Kartreuse einen ganz minderwertigen Fälscher benutzt hat. Mit diesem Verzug war, das ist dokumentarisch erwiesen, auch die Regierung einverstanden. Die Enttarnung, die ein wirklicher Skandal ist, wird in einer Interpellation vor das Parlament kommen. Jetzt wird auch begrifflich, bemerkt dazu das „Vuz. Vaterl.“, warum z. B. der Kanton Genf dieser famosen gefälschten Kartreuse das Recht auf den Namen verweigerte, denn die Sachwalter der Kartäusermönche hatten die Beweise für den Schwindel an die Genfer Behörden gegeben.

Präsident Fallières als Kanonikus. Ein Glas-maler in Le Mans, Schwab, hat wohl als Antwort auf das Alsbürger Kirchenfenster, das Kaiser Wilhelm II. in der Tracht König Heinrichs darstellt, ein Fenster gemalt, auf dem Präsident Fallières als Kanonikus der Kathedrale von Le Mans Intend und betend abgebildet ist. Nach der Tradition sind seit König Ludwig XI. die Herren Frankreichs allerdings zugleich Kanoniker der alten Kathedrale. Doch aber gerade der Präsident, unter dem die Trennung der Kirche vom Staate erfolgte, zu dieser kirchlichen Ehre ernannt wurde, ist eine etwas sonderbare Idee.

Die Hierarchie der Freimaurer. Aus Anlaß der Verhaftung des Freimaurers Hauptmann Marx schreibt das liberale „Journal des Debats“ einige interessante Bemerkungen über die freimaurerische Solidarität und über deren Folge:

„Es gibt jetzt in Frankreich zwei Hierarchien; die eine kennt jeder; sie kennzeichnet sich durch den Titel, durch ihre Äuße, durch ihre goldenen Treffen, durch die Feder am Hut und die entsprechenden Geheißer; die andere ist geheim; sie gibt sich durch Zeichen zu erkennen; doch gerade aus diesem Geheimnisse zieht sie eine neue Kraft; sie allein zählt mit, die andere ist gar nichts; es ist die Hierarchie der Freimaurer. Die beiden Hierarchien stimmen nicht überein. Ein hervorragender General in der einen Hierarchie ist in

der anderen dem einfachsten Bruder Freimaurer untergeordnet. Mittelmäßige Schuster, die in der Welt des äußeren Scheines bloß eine geringe Ehre genießen, sind in der Welt der Wirklichkeit die Würde eines 33. Grades. Diese Schuster bestimmen die Höhe der Loge über die Berühmungen von Generalen. Ein Brezler-Freimaurer läßt einen Bürgermeister ablegen. Alles wird von dieser geheimen Gewalt regiert; für diese Gewalt bedeutet Talent, Verdienst, Aufopferung, geleistete Dienste gar nichts; eines allein hat in Frankreich einen Wert: nämlich jemanden in bestimmter Weise in der Hand zu haben. Doch diese freimaurerische Solidarität für das Land erstreckend wirkt, ist nur allzu sicher. Aber gerade in dieser Solidarität liegt das Wesen der Freimaurer. Nicht umsonst nennt man eine Loge die „Unterstützende Freundschaft“. Diese Unterstützung geht so weit, daß alle Logenmitglieder, durch eine gut gezielte Kette vereint, alle Wege zu einem Posten oder einer Anstellung versperrt. Durch diese Solidarität wird der Freimaurer ein mächtiger Mann; wer nicht Freimaurer ist, ist nichts und kann nichts werden, weder Minister, noch General, noch Bahnmacher. Es ist gewiß sehr natürlich, daß Männer, die solch einen Einfluß besitzen, davon auch finanziell Vorteil ziehen.“

Wenn Blätter wie „Le Journal des Debats“ ähnliche Dinge über das Logentum schreiben, wie furchtbar muß die Bedrückung schon sein! Bekanntlich sehnen sich trotz dem bei uns in Deutschland manche radikale Politiker nach den französischen Zuständen, die im wesentlichen auf der Herrschaft des Logentums beruhen. Bewahre uns Gott vor solchen Fehden!

Der Zustand der Seeleute wird aus Marseille gemeldet: Aus in den Ausnahmestunden eingeschriebenen Seeleute forderten den sozialistischen Deputierten Gamaud auf, in der nächsten Kammer Sitzung den Antrag einzubringen, daß auf den Postdampfern, die das rote Meer besahren, keine arabischen Seiger mehr beschäftigt werden dürfen.

Nach dem Poststreik. Ein neuerer Marineratschlag des allgemeinen Arbeitervereins lautet wie folgt: „Unser entlassenen Genossen von der Post waren der Ansicht, daß der Zustand unserer Gewerkschaften diejenigen, die unbewußt ihre streikenden Kameraden verraten, indem sie Dienst tun, zu ihrer Pflicht zurückzuführen werde. Das ist leider nicht geschehen. Unsere Hilfsbewegung für die Postisten ist zu Ende. Aber unsere Postkameraden werden ihre Genugtuung finden, das wird ihnen die Arbeiterklasse beihilflich sein.“ Der Führer der Postisten, Douron, hat seinen Anhängern mitgeteilt, daß alles vorbei sei, sie sollten ihren Dienst wieder aufnehmen. Es wird ferner aus Paris gemeldet, daß eine Bewegung im Gange sei, die bezweckt, den ungefähr 700 Entlassenen solange Wohnquartiere zu bezahlen, bis sie eine anderweitige Beschäftigung gefunden hätten. Die hierzu notwendigen rund 100 000 Franken pro Monat will das Postpersonal durch eigene Beiträge aufbringen. — Die Staatsanwaltschaft hat die bei der Sinesepost hinterlegten Erläutungen des Syndikats der Post- und Telegraphenbeamten für durchwegs ungehörig erklärt. Das Syndikat wird infolgedessen aufgelöst werden. Die Regierung dürfte jedoch die Unterzeichner kaum weiter verfolgen. — Der Hauptausbruch zur Verteidigung der Syndikatsrechte der Postbeamten beschloß, beim Parlament Schritte zur Wiedereinstellung der wegen des letzten Streikes entlassenen Beamten zu unternehmen. Der sozialistische Deputierte Contant wird den Antrag einbringen.

Ein neuer Marineffand. Minister Briand teilte dem Ministerrat mit, die parlamentarische Marineuntersuchungskommission habe gegen den Direktor der Marinegenossenschaft Dupont eine Klage wegen ungesetzlicher Borenhaltung amtlicher Schriftstücke eingereicht. Dupont soll unter dem Ministerium Thompson einen Bericht beigestellt haben, der von dem Verlust eines Beamten einer metallurgischen Fabrik an der Loire, einen Beamten zu beschreiben, handelte. Minister Ricard erklärte sich bereit, die notwendigen Maßnahmen bezüglich Duponts zu treffen. In der Wohnung Duponts wurden Haus-suchungen vorgenommen. Mehrere Schriftstücke wurden unter Siegel gelegt. Admiral Wienenne erklärte, daß die Sache aufgegeben werden, um die öffentliche Meinung von wichtigerem abzulenkten.

Ausland.

Die Glaubensfreiheit. Die Duma verhandelte am 25. Mai über einen Gesetzentwurf betr. Regelung einiger der Glaubensfreiheit betreffenden Fragen, speziell über die Gewährung des Rechts der Propaganda- und Verleumdungsfreiheit auf die Seite der Ungläubigen, des Rechts der allgütigen Priester, sich Geheißer zu nennen, sowie des Rechtes zur Bildung allgütiger Gemeinden lediglich aufgrund der Verheißung, also ohne besondere Genehmigung. Die Regierung und die Partei der Rechten waren gegen die Gewährung dieser Rechte, die Mehrheit des Zentrums und die Linke dafür. Die Debatte gestaltete sich äußerst lebhaft. 87 Redner hatten sich zum Wort gemeldet.

Der Verband der russischen Leute wird am Gedächtnistage der Schlacht von Poltava eine große Feier veranstalten, der auch der Zar beiwohnen wird. Bei dieser Gelegenheit soll dem Zaren eine von 20 000 Mitgliedern des Verbandes unterzeichnete Witzschrift überreicht werden.

Missionschweizern in die Südpazifik abgereist. Wie auch den neuen Glaubensboten, die am 8. Juli auf Neupommern zu landen gedenken, nach einer glücklichen Aboerfahrt, eine erprobte Witzsamkeit geschildert sein.

Paris, 26. Mai. Nach einer Meldung aus Rom empfing der Papst gestern 800 französische Eisenbahner, Mitglieder katholischer Verbände, die gegen hundert Fahnen mit sich führten. Der Papst lobte in einer Ansprache die Eisenbahner für ihre Bemühungen, ihre Loge zu verbessern, ohne dabei ihre Pflicht zu vernachlässigen. Weiter lobte der Papst die Arbeiterorganisationen im Allgemeinen, zugunsten deren die Katholiken niemals zu arbeiten erwidern würden.

Fälzer Lourdes-Fahrt. 20. August ab Neustadt a. S. Paris, Bordeaux, Biarritz, San Sebastian, Lourdes, Toulouse, Marseille, Lyon, Arc. Keine Nacht-fahrt. Logements in erstl. Hotels mit voller Verpflegung und Eisenbahnfahrt 2. Klasse 300 Mk., 3. Klasse 250 Mk. Prospekte durch Pfarrer Dr. Fuchs, Sippstadt, Pfalz.

Theater und Kunst.

Groß-Hoftheater. Gestern Abend fand eine Volks-vorstellung des Waffenschmied statt, die vor einem bis auf den letzten Platz besetzten Hause vorüberging. Opern wie der „Waffenschmied“ werden nicht verschlen, auf solches Publikum einen nachhaltigen Eindruck auszuüben. Vorging, deutsch in seinem Wesen, deutsch in seinen Werten, war und ist heute noch ein Vertreter des urkräftigen, gesunden und selbst etwas derben Volkshumors in der Musik, ein Genremaler des deutschen Volkstums, das er in seiner ganzen Kleinlichkeit und lächerlichen Angelegenheit mit scharfen Strichen abzukontieren verstand. Kann es in dieser Beziehung noch prächtiger Figuren geben, als das weiße Städtchen, der „Bürgermeister von Saardam“, der

in welcher der Zar um Aufhebung des Oktobermanifestes und Wiederherstellung der Autokratie gebeten wird.

Baden.

Karlsruhe, 27. Mai 1909.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich gewiß bemerkt gefunden, dem zurückgekehrten Hauptlehrer Heinrich Wader in Reimen das Ritterkreuz zweiter Klasse höchster Ordnung vom Fürstlichen Löwen, dem Hauptlehrer Ferdinand Friedrich in Gelingen und dem Bureauassistenten Johann Schäffler bei der Landeshaupt-kasse das Verdienstkreuz vom Fürstlichen Löwen zu verleihen, sowie dem Geheimen Finanzrat Friedrich Ong in Konstanz die untertänigst nachgeordnete Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen Ritterkreuzes des Päpstlichen St. Gregoriusordens zu erteilen.

Wie „unabhängig“ der „Volksfreund“ ist, ersehen man daraus, daß er im Fall Hilbert seine Un-wahrheiten wiederholt, ohne seine Leser irgendwie über die ungläublichen Behauptungen Hilberts gegen das Zentrum zu unterrichten. Er schreibt nämlich in Nr. 120:

„Wir begnügen uns damit, festzustellen, daß wir weder die Absicht hatten, Herrn Hilbert zu vertheidigen, noch daß wir den Zeugen des Prozeßes, den Hilbert gegen ein Zentrumblatt anstregte, irgendwie zu nahe treten wollten. Die Aussagen der Zeugen waren nicht bestimmt, konnten es auch gar nicht sein, weil man nach Monaten sich unmöglich an jedes Wort (1) das in einer Vernehmungssitzung gesprochen wurde, erinnern kann. Das ist nicht einmal dem Redner selbst, geschweige gar dem Publikaum möglich. Was wir kritisierten, war die persönliche Hege, wie sie die Zentrumspresse gegen Hilbert, wie gegen jeden andern, dem Zentrum unangenehmen politischen Gegner treibt. Und wir haben gerade bei diesem Anlaß, wo Herr Wader mit uns stimmt, in lauten Zeugnissen sagen operiert, unwillkürlich uns an jene Vertheidigungsartikeln desselben Herrn in Sachen Wittmann erinnert und einen Vergleich gezogen. Dieser Vergleich muß sich jedem, der diese Dinge kennt, förmlich aufzwingen.“

Das ist das unwahre verlegene Gerücht eines Mannes, der in die Enge getrieben ist und weil er nicht mehr weiter kann, einfach die alten Unwahrheiten wiederholt. Wie jeder Mann sich aus dem „Vad. Beob.“ — auch jeder Volksfreundler — überzeugen kann, ist es einfach eine Unwahrheit, daß die Aussagen der Zeugen in der Hilbertsache nicht bestimmt waren. Es ist ebenso eine Unwahrheit von einer persönlichen Hege der Zentrumspresse gegen Hilbert zu sprechen. Bekanntlich hat es sich für die Zentrumspresse nur darum gehandelt, Angriffe des Abg. Hilbert auf das Zentrum zurückzuweisen. Wer diese Vertheidigung eine Hege nennt, muß ein Anhänger der Katholikmoral sein. Die Wiederholung der alten Unwahrheiten im „Volksfreund“ beweist den Grad der Wahrheitsliebe in dem sozialdemokratischen Blatt, über das aber niemand, der die sozialdemokratischen Grundzüge kennt.

Einmal hat allerdings der „Volksfreund“ als unrichtig anerkannt und die Konsequenz daraus gezogen. Er schreibt nämlich des Namens seines Freundes Hilbert nimmer richtig. Er würde dies ohne Zweifel ebenfalls unterlassen haben, wenn er mit einem harten p im Namen Hilberts das Zentrum oder irgend etwas, was mit dem Zentrum zusammenhängt heruntersagen könnte.

Zum Schluß seien kurz die Bestimmungen des Zentrumsgesetzes, mit welcher der „Volksfreund“ redaktiert in Nr. 120 — wie fast alltäglich — seinen Geist aber auch sein Fingerring auf das Zentrum bewies. Der erste Artikel der Nr. trägt den Titel „Zentrumshandeln“, „Bosheitspolitik“ heißt es in der zweiten Zeile. Was in der Finanzkommission unter Mitwirkung des Zentrums geleistet wird ist „Fuscharbeit im schlimmsten Sinne des Wortes“. Dann heißt es weiter: „das christliche Zentrumsbild in vollendeter Zentrumshandeln“. Ein zweiter Artikel handelt von „zentraler Steuerpolitik“, ein dritter von „arbeiterfreundlichen Zentrum“. In dem Artikel „Abwechslung muß sein“, in welchem sich der Herr Redakteur selbst um sein armes Leben wehrt, kommt es gleich gabelnd. Da wird der Zentrumspresse gesagt, sie „hege“ gegen Kolb (Kolb kennt bekanntlich mancher Begriffe nicht; er nennt Vertheidigung gegen Kolb eine wahre Annäherung eine Hege gegen Kolb); er schimpft dann weiter: „Zentrumshandeln“, „Gebel“, „der Fürstliche Kilmeterartikel-Fabrikant“, „ausgeputzte Zentrumshandeln“ (sic) gegen Kolb zu wehren verstoßt gegen die Christenliebe: das ist der Anfang zu einem sozialdemokratischen Majestätsbeleidigungs-paragrafen! „gläubige Zentrumswähler“, „schmutzige Kampfmethode“, die dem „Vad.“, „nachlässige Zentrumspresse“, „perfidie Hege“. Schließlich sei noch folgender Satz registriert: „das Zentrum, seine Presse und seine Redner dürfen sich überhaupt alles erlauben. Zentrumredner dürfen sogar den Herrgott zum Partei-Schutzpatron proklamieren, ohne der Gotteslästerung geziehen zu werden.“ Man sieht der „Volksfreund“ ist ganz aus dem Häuschen und

Schulmeister „Vad.“ in „Bildschuß“ oder der berühmte „Waffenschmied“, „Hans Stadinger“ aus Worms? Ist doch gerade letzterer der Urvater des deutschen Handwerks, daher auch ein gutmütiger und herzlich empfindender Philister. Und in seiner Musik, die überwiegend melodisch, frisch, voller Natürlichkeit, welsch ein eigentümliches, herzerwärmendes Gemütsleben! Volkstümliche Komponisten wie Vorging, wirken wohlwollend auf Geist und Herz des Hörers, und tragen zur Bildung des Volkes mehr bei als hochklassische oder moderne Schöpfungen, zu welchen der großen Masse feiner Theaterbesucher der Schlüssel des Verständnisses fehlt.

Als zweite Premiere des Münchener Künstler-Theaters, die am 19. Juni stattfindet, geht, wie bereits gemeldet, Shakespeare's „Sommernachtstraum“ in Szene. Das dekorative Bild und die Figuren für den „Sommernachtstraum“ sind von Karl Waller vollkommen neu entworfen worden. Nach Wallers Angaben wird die Ausführung und Einrichtung für das Münchener Künstler-Theater zurecht vorbereitet. Der „Sommernachtstraum“ wird mit der vollständigen Musik Mendelssohns zur Aufführung gebracht. Den „Jude“ spielt Gertrud Gysold, den „Jettel“ Hans Bahmann. Die übrigen Hauptrollen sind folgendermaßen verteilt: „Thejus“ Diegelmann, „Egeus“ Kühne, „Lysander“ Berez, „Demetrius“ v. Winterstein, „Philosrat“ Wönder, „Sonzens“ Conradi, „Sznod“ Dantau, „Jant“ Arnold, „Schnaus“ Großmann, „Schluder“ Wendon, „Gypollita“ Adele Sandrod, „Hermia“ Eise Ruzfer, „Helena“ Eise Heims, „Deceon“ Wolff, „Titania“ Camilla Eibenstich, „Eise“ Sidonie Lorn. Das Neibureau Schenters u. Co. in München, Promenadeplatz 16, nimmt bereits jetzt Willestbestellungen an und erteilt Kostenfrei Auskunft.

behauptet dann zum Schluß komischerweise: „Wir regieren über solche Artikel, wie sie der „Vad. Beob.“ und die ihm nachlässige Zentrumspresse bringen, nicht auf.“ Na, wozu dann das verlegene Geschimpf?

Liberale Freiheit.

Gestern war es die „Heidelberger Zeitung“, welche ihre Leser über die Hilbertangelegenheit salzig unterrichtet nach einem durch und durch unwarhnen Artikel im „Volksfreund“ — sogar ohne die sozialdemokratische unreine Quelle zu nennen —, heute ist es die „Konst. Ztg.“ (144), welche dem Hof den Boden ausschlägt, in dem sie — das Blatt am See — den unwarhnen Bericht der „Heidelberger Zeitung“, der aus zweiter Hand stammt und gute Heidelberger Scherensarbeit ist, ihren Lesern ebenfalls vorlegt und zwar in folgender Form:

„Eine erbärmliche Hege fähet gegenwärtig die Zentrumspresse gegen den nationaldemokratischen Abgeordneten Hilbert. Er ist der Vertreter des Donaueschinger Bezirkes, und diesen hätte das Zentrum schon längst geneigt an sich gerissen. Es gelang ihm nicht. Nun sucht es den Bezirk dadurch zu gewinnen, daß es alle Mittel benützt, um den Abg. Hilbert in Mißkredit zu bringen. Laut „Heidelb. Zeitung“ werden alle seine Veranlassungen Hege zu erhalten. Natürlich schreit die Zentrumspresse auch nicht vor persönlichen Verdächtigungen und Verleumdungen zurück. Hilbert wurde fast täglich persönlich heruntergerissen, bis ihm die Geschichte zu dumm wurde und er gegen eines der ihm beschimpfenden Blätter, die „Freie Stimme“, klägerisch vorging. Die „Freie Stimme“ gab vor Gericht eine Ehrenklärung ab und übernahm die sämtlichen Kosten. Was kümmert sich aber die Zentrumspresse um ein Gerichtsurteil, wenn es ihr unangenehm ist! Sie lebt das Treiben gegen Hilbert fort, gleichsam als wenn er der Verurteilte und die „Freie Stimme“ freigesprochen wäre.“

So etwas muß sich das gedünbte liberale Selbstbildnis gefallen lassen. Aus der sozialdemokratischen Presse unterrichtet das Konstanzer nationaldemokratische Blatt auf dem Umweg über Karlsruhe und Heidelberg seine Leser an. Sie über eine Angelegenheit, welche sich vor den Toren von Konstanz abgespielt hat. Die liberale Presse treibt hier wieder einmal eine unerhörte Zurechtweisung ihrer Leser auf Kosten des Zentrums. Sie ist wieder einmal zu feig, um der Wahrheit die Ehre zu geben und beständig das Wort des jugendliberalen Grafen Volkmann, daß die liberale Presse ihre Leser an die Nige gewöhne. Die Wahrheit ist bekanntlich die, daß ein nationaldemokratischer Abgeordneter, der das Zentrum fortwährend verdächtigt durch die Feststellungen vor Gericht in starker Weise auf seiner Verurteilung bloßgestellt ist. Diese Tatsache zugunsten, ist die nationaldemokratische Presse zu feige und zu erbärmlich. Sie lehrt daher den Stel und verächtlich die Zentrumspresse der persönlichen Hege. Diese Presse würde sich schämen, wenn sie die Wahrheit gesehen würde, daher tut sie es nicht. Das sei hier festgestellt.

Von Gattigen wird uns noch geschrieben: Wenn der „Volksfreund“ die vor Gericht gemachten eidlichen Aussagen beweist oder verächtlich, weil die Zeugen alle der Zentrumspartei angehören, so weisen sämtliche diese Verdächtigungen mit Entrüstung zurück. Es ist aber ein großer Irrtum des „Volksfreunds“ (Sper Kolb würde im ungeliebten Fall schreiben: Lüge, Schwindel, perfide Verleumdung etc.) zu glauben, es gehörten alle der Zentrumspartei an: Lathage ist, daß Herr Rathgeber Leiber, der in jeder Versammlung der Vorst. für die, erster und Bürgermeister Leiber zweiter Vorstand des 1907 hier gegründeten jugendliberalen Vereines waren. Herr Hauptlehrer Endres ist jedenfalls nicht Zentrumsmann. Die drei Zeugen sind von Hilbert aufgerufen, mußten jedoch der Wahrheit entsprechend gegen ihn aussagen. Wenn der Prozeß keinen anderen Erfolg gezeitigt hätte als das nette Zeugnis des „Volksfreunds“ über Hilberts Wollschuldigung, so könnte man schon damit wohl zufrieden sein. — Hilbert hat seine Rede hier von „Blättern“ abgelesen.

Im Ortenauer Voten

wird der „Vad. Beob.“ gehörig abgehandelt, weil er vor einigen Tagen einen Artikel brachte, in welchem es u. a. gerügt wurde, daß an die Landwirtschaftskammer ein Wirtentemder angestellt werden sollte, während es doch wohl genug tüchtige Badener gäbe. Der „Ortenauer Vot.“ und auch ein durch sein Schimpfen bekanntes sozialdemokratisches Blatt herrschen nun den „Vad.“ an, er solle doch zuerst den Vad. Bauernverein kritisieren, der doch auch preußische Angehörte habe. Aber so sei das Zentrum; es wolle eben bei sich und andern mit zweierlei Maß. Ihr lieben Herren, nur nicht so wild! Wir sind doch nicht verantwortlich für das, was im Bauernverein geschieht! Wir haben auch nicht den geringsten Einfluß auf den Bauernverein und wie er seine Stellen besetzt, das geht uns an sich gottlos nichts an und könnte uns auch nur dann interessieren, wenn uns ein ähnlicher Artikel über den Bauernverein zugegangen wäre, wie hier über die Landwirtschaftskammer. Dort scheint jedoch alles mit der Stellenbesetzung zurecht zu sein. Also gut! Was haben wir denn Zentrum und Bauernverein miteinander zu tun? Der „Ortenauer Vot.“ gründet seine Vorwürfe gegen den „Vad. Beob.“ auf die durch und durch falsche Unterstellung, Bauernvereine und Zentrum ständen in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis, während es Tatsache ist, daß im Bauernverein alle möglichen politischen und religiösen Richtungen vertreten sind. Man lasse uns also mit solchen tendenziösen Vorwürfen in Ruhe. Der „Vad.“ hätte gerade so gut einen Artikel ähnlichen Inhalts über den Bauernverein bringen können, wie über die Landwirtschaftskammer. Aber wir bekamen eben bloß einen Artikel wegen der Landwirtschaftskammer. Es konnte übrigens auch jedermann aus sehen, daß wir den Artikel nicht ohne weiteres in jedem Fall betreten wollten; wir schrieben nämlich im Eingang des Beschlusses: „Man schreibt uns“; damit war mit anderen Worten etwa gemeint: Die Redaktion gibt hier einer Stimme aus dem Publikum das Wort, um sie eine Sache vertreten zu lassen, die auch nach Ansicht der Redaktion eine berechtigete ist, vorausgesetzt, daß die Tatsachen stimmen — was eine Redaktion bekanntlich nicht in jedem Fall alsbald sicher wissen kann. Sollte sich die Sache wirklich so verhalten, wie sie in unserem Artikel dargestellt war, dann wäre, Bauernverein hin, Bauernvereine her, aller Grund vorhanden gewesen, diese Vorgänge zu rügen. Zugunsten haben wir uns indes autentlich überzeugt, daß die Angaben in unserem Artikel in

Kirchliche Nachrichten.

Freiburg. Letzte Woche promovierte Herr Pfarrer Dr. Rieber, der bereits die philosophische Doktorwürde besitzt, in der theologischen Fakultät zu Freiburg aufgrund seines sehr erfindenen Werkes über den sogenannten Prediger von St. Georgen.

Mannheim, 26. Mai. Die bisherige Kuratortogemeinde Waldhof wurde von Sr. Excellenz dem hochw. Herrn Erzbischof zur selbständigen Pfarrei erhoben.

Hiltrup, 26. Mai. Heute morgen 10 Uhr sind von Genoa aus mit dem Dampfer „Gneisenau“ folgende Missionare vom heiligsten Herzen Jesu aus dem hiesigen Herz-Jesu-Missionshaus nach Neupommern (Wis-marsch-Archipel: deutsche Südpazifik) abgereist: Vater Joseph Meier aus Giefhau, Diöcese Regensburg, der nach einer zehnjährigen Missionsstätigkeit auf Neupommern ein Jahr zur Erholung in Deutschland weilte, Vater Oskar Schinte aus Schramberg, Diöcese Rottenburg, Vater Richard Fuetzger aus Satteln, Diöcese Witten, Vater Franz Fellen aus Horlmars, Diöcese Münster, Vater August Scher-hag aus Söhren bei Kirchberg, Diöcese Krier, Vater Leo Wisig aus Wenden, Diöcese Baderborn, Vater Hermann Winge aus Solingen, Erzdiozese Köln, Bruder Johann Weber aus Wilsfeld bei Speider, Diöcese Krier, der bereits 14 Jahre lang in der Mission tätig war und ein Jahr lang zur Erholung in Europa weilte, und Bruder Wilhelm Averbod aus Ott-marsbof, Diöcese Münster. Im Ganzen wirken jetzt in der deutschen Südpazifik unter dem Missions-bischof Ludwig Couppé 88 Missionare vom heiligsten Herzen Jesu (40 Priester und 48 Brüder) außerdem 46 Missionschweizern vom heiligsten Herzen (Witterhaus Hiltrup bei Münster i. W., die auf 23 Haupt- und 74 Nebenstationen eine festsitzende Missionsstätigkeit ent-falten. Seit dem Gründungsjahre 1897 sind nun be-zw. von Hiltrup aus über 100 Missionare bezw.,

Die Hauptfrage unrichtig sind und daß nach den vorliegenden Umständen gegen die geplante Anstellung eines geborenen Württembergers gar nichts einzuwenden ist.

Jedenfalls haben wir allen Grund, uns gegen die unwahre Tendenz des „Ortenauer Boten“ zu wehren.

Der Evangelische Bund und die Schwöninger Wahl.

Die Korrespondenz des Evangelischen Bundes ist über alle Maßen wütend. Sie schreibt u. a. (abgedruckt in der „Bad. Landesztg.“ Nr. 236):

„Die ultramontane Presse leitet in ihrer heuchlerischen, moralisch versumpten Weise über den Terrorismus des Evangelischen Bundes und stellt die Freiheit der katholischen Geistlichen dem Recht an staatsbürgerlichen Rechten gegenüber, dem hier der Bund an einem evangelischen Geistlichen, dem von ihr protegierten Pfarre Karl, zu verweigern sich verpflichtet. Gegen dieses Pharisäertum löste keine Erwähnung. Von Anfang an aber haben konterwärtige Blätter, deren die „Deutsche Reichspost“ und das „Neid“ auch in dieser Sache ihren ultramontanen Wahlverwandten Gängelungsdienste geleistet. Die „Deutsche Reichspost“ druckte dieser Tage sogar, troßdem der Wahlische Hauptverein die Presse über das Schwöninger aufgekärte hatte, den Artikel eines Wesselsblattes ab, in dem unter geistlichen Beilegungen Herrn v. Wessels das Schwöninger als eine nationalliberale Wahlfrage hingestellt wurde. Nechliches steht im „Neid“.

Demgegenüber sei mit allem Nachdruck erklärt, daß der Bund der Schwöninger Wahl niemals irgend welche nationalliberale Anzogen an den Bund gelangt ist und daß alle Verdächtigungen in dieser Richtung schändliche Lügen eines fanatischen Parteiheftens sind, der sich in Sympathieübungen für den Ultramontanismus nicht genug tun kann, gegen die Verteidiger evangelischer Interessen aber stets nur Mißtrauen und Verleumdung niedrigerer Natur bereit hat. Mögen endlich die, die es angeht, dafür sorgen, daß die Schwöninger Wahlbewegung von diesen unreinen Begleiterscheinungen frei bleibe. Die Wahlen, die so möglich, klappern allein für das Zentrum und seine badiische Zukunftsversprechung unter ihren Mitgliedern aber wird jede evangelische Freiheit und Selbständigkeit, die nicht von dem Wohlwollen der Ultramontanen leben mag, gemüht und zerstört.

Diese wüste Schimpferei wird keinen verständigen Menschen überzeugen. Hat die „Deutsche Reichspost“ etwas zu sagen, so möge sie es sagen, wie man unter Menschen spricht. Heute, die so sprechen, wie es hier die journalistische Vertretung des Bundes tut, wirft man bei uns zur Tür hinaus.

Auch die „Deutsche Reichspost“ (120) schreibt u. a. dazu:

„Es entspricht nicht den Tatsachen, wenn die „D. E. Korresp.“ schreibt: „Von Anfang an aber haben konterwärtige Blätter, deren die „Deutsche Reichspost“ und das „Neid“ auch in dieser Sache ihren ultramontanen Wahlverwandten Gängelungsdienste geleistet.“ Wäre die „Deutsche Reichspost“ in Anspruch nehmen, die Wahrung der deutsch-politischen Interessen mindestens ebenso wirksam vertreten zu haben als die „D. E. Korresp.“, nur dürften konterwärtige Mitglieder des Evangelischen Bundes nicht namentlich bei uns in Baden — darüber im klaren sein, daß allein mit dem Helgekreuz „Kampf gegen Rom!“ die Interessen unserer evang. Kirche nicht gewahrt sind. Auf die weiteren Ausführungen des Artikels eingegangen, verlohnt sich nicht. Das daß selbst die sozialdemokratische „Volkstimme“ ihre Verurteilung über den „Kon der frommen Bundesblätter“ ausgedrückt.

Das Zentrum, welches Herr Pfarre Karl im Wahlkreise Schwöninger gewählt, wird aus die „D. E. Korrespondenz“ nicht ersparten können; und wir konterwärtigen werden uns in unserer Überzeugung nicht irren lassen. Die Zeiten haben auch bei uns in Baden aufgehört, wo man „evangelisch“ und „liberal“ identifizieren konnte.“

Von den sozialdemokratischen Wählern.

St. Georgen i. Schw., 26. Mai. Diese Woche sind hier die Bürgerauswahlen. Für die gestern stattgegangene Wahl der dritten Klasse wurden drei Kandidaten präsentiert; von Bürgerverein, von der Vereinigung der Nichtbürger und von der Sozialdemokratie. Gelegt hat der Wahlvorstand des Bürgervereins, unterstützt von etwa 50 Nichtbürgern. Wohl am schlechtesten haben die Sozialdemokraten abgemittelt; die höchste Stimmzahl, die ihre Kandidaten erhielten, war 40 und dies, obwohl sie noch für den Abend vorher den Parteiführer W. Engler von Freiburg hatten kommen lassen, der in einer öffentlichen Wählerversammlung sich über die „Aufgaben der Sozialdemokratie in der Gemeinde“ verbreitete. Von 480 Wählern der dritten Klasse haben 380 gewählt. St. Georgen ist bekanntlich fast rein industriell.

Kleine badiische Chronik.

Karlsruhe, 24. Mai. Stellenvermittlung für Arbeiter der Grob- und Feisenbahnen. Die Vermittlung pro Mai bringt einen geringen Rückgang der Arbeitslosen gegenüber dem Vormonat. Offene Stellen sind noch immer keine vorhanden. Arbeitslos liegen 913 gegen 985 im Vormonat vor, es ist mit einer kleinen Besserung zu verzeichnen. Ingesamt liegen bei 29 (32) Stellen Anmeldeungen vor, die sich wie folgt verteilen: Karlsruhe 245 (247), Mannheim 195 (258), Freiburg 92 (92), Freiburg 76 (78), Wolf 54 (22), Heidelberg 42 (99), Brühl 42 (42), Landa 37 (37), Pforzheim 35 (32), Wiltigen 31 (31), Appenzeler 30 (30), Konstanz 10 (10), Baden 8 (8), Waldshut 8 (8), Dos 5 (5), Wankensch 4 (5). Die Zahl der Arbeitslosen hat sich hier nach in Pforzheim und Wolf um je 92 (beide 83) vermehrt, hat in Mannheim — (63), Heidelberg — (57) und Konstanz — (6) wesentlich abgenommen auf den übrigen Stationen sich dagegen nur wenig verändert.

Karlsruhe, 26. Mai. Das Gewitter von gestern nachmittag hat in Baden eine außerordentlich starke Wirkung gehabt. Aus 14 Uhr wird gemeldet, daß das Gewitter zu den letzten Minuten der Zeit gehört habe. Der Sturm sei so stark gewesen, daß Ähren von Bäumen wie Strohhalm geknallt und die Kronen derselben zum Teil 100 Meter weit geschleudert wurden.

Pforzheim, 26. Mai. Zum Brande der Lott-Hammerschmiede in Brühlchen wird noch bekannt: Der Schaden an den Gebäulichkeiten der Mühle beträgt etwa 100 000 Mk., an Maschinen und Einrichtung etwa 80 000 Mk., und an Getreide und Mehl etwa 70 000 Mk.

Rom, 26. Mai. Ueber das Unglück bei dem getriebenen Gewitter wird noch gemeldet: Das getriebene Gewitter brachte, hatte auch zwei schwere Unfälle im Gefolge. Zwei bei der Erstellung von Leitungsmasten für den elektrischen Betrieb der Mittelbahn beschäftigte Arbeiter waren daran, den festgen Untergrund zu sprengen. Als sie eben das Pulver des Pulvers mit Pulver füllten wollten und das Pulver herbeigeführt hatten, ging ein Blitzstrahl nieder. Es erfolgte eine Explosion. Der

eine Arbeiter wurde auf die Straße geschleudert, der andere als brennende Säule den Bahndamm hinab in die Weiden. Die beiden brannten buchstäblich die Kleider am Leibe. Beide Arbeiter sind von Stillingen geküßert und dürften kaum mit dem Leben davonkommen.

Baden-Baden, 26. Mai. Frau Satjch von Wartenborst hat der Stadt die Summe von 15 000 Mk. zur Verfügung gestellt, welche zu drei Dritteln als Grundkapital für einen Marktballenbau und zu ein Drittel zur Anschaffung des hiesigen Krematoriums dienen soll.

Dos, 26. Mai. Gestern abend um halb 10 Uhr kam beim Mandanten des Bitterzuges 7710 der 33 Jahre alte Bremser Bogt von Heil-Wiederbach aus zwei Büchern und wurde sofort zu Tode gedrückt. Der Verunglückte ist Vater von fünf kleinen Kindern.

Wahl, 26. Mai. Das Anwesen des Zimmermanns Andreas Schmidt im Zinken Aue wurde durch Feuer zerstört.

Schnaach, 26. Mai. Bei dem gestern abend hier niedergegangenen Gewitter schlug der Blitz in das Anwesen des Landwirts Hyronimus Kammerer auf den sog. „Feldern“ und zündete. In kurzer Zeit brannte das alte, aus Holz gebaute Haus vollständig ab. Die Scheuer und das Vieh konnten gerettet werden, sonst aber nicht viel. Kammerer ist verheiratet. Durch den Blitzschlag wurde die Frau des Herrn Kammerer getötet, erholte sich aber bald wieder.

Stenheim, 26. Mai. Gestern vormittag wurde der hiesige Waldwächter im Katastrophal aufgefunden, nachdem er einige Minuten vorher noch mit dem Stadtrichter gesprochen hatte. Derselbe litt schon längere Zeit an epileptischen Anfällen und ist offenbar an einem solchen erlegen.

Freiburg, 27. Mai. Heute feierte hier Herr Landgerichtsrat Landtagsabg. Breiter und Frau das Fest der silbernen Hochzeit. Von allen Seiten werden der Familie Breiter, deren praktisch christliche Gesinnung auf allen Gebieten, wo die Zeit es erlaubt, bestanden ist, die herzlichsten Glückwünsche zu dem schönen Fest entgegengebracht. Ad multos annos!

Freiburg, 26. Mai. Die Motorwagenverbindung Freiburg — Schwanau — Nottwil — Todtnau wird morgen Donnerstag den 27. Mai wieder eröffnet.

Freiburg, 26. Mai. Ein Hauptmann der Freiburger Infanterie wurde mit 40 000 Mk. fief auf Nr. 238 176 (ohne Gewähr).

Konstanz, 26. Mai. Vorgerichten abend haunerte in der Markstraße ein Anstalt mit einem Zerstoer so unvorsichtig, daß sich das Gebäude entzündete. Der Zerstoer ging einem fünfjährigen Mädchen in den Leib. Die Verwundung ist eine lebensgefährliche. Das Mädchen wurde in's Spital gebracht. — In der Rauendengasse starb heute ein Maurer von einem Gerüste, indem er bewußtlos vom Platz getragen und in's badiische Krankenhaus verbracht werden mußte.

Lokales.

Karlsruhe, 27. Mai 1909.

Oberbürgermeister Siegrist und Dr. Ammon. Oberbürgermeister Siegrist hält in einer Zuschrift an die Bürgerauswahlmitglieder seine Berechnung hinsichtlich der Schiffahrtsgaben aufrecht und weist den Vorwurf des Sprechenden des „Schwab. Merkur“, Herrn Dr. Ammon, als hätte er (Herr Siegrist) sich bei einer der letzten Versammlungen, als ungenügend zurück. Zugleich behält sich der Oberbürgermeister vor, die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Bürgerauswahlversammlung zu setzen. Der Stadtvorstand beschloß, die Angelegenheit in einer längeren Zuschrift an das „Schwab. Merkur“, die Resolution betr. Schiffahrtsgaben (die auch die Grundzüge des Streit zwischen Dr. Ammon und Oberbürgermeister Siegrist bildet) in der Bürgerauswahl nicht einstimmig angenommen worden, aber der Oberbürgermeister habe dies nicht wahrgenommen, da keine Gegenprobe stattfand. Weigert sich im weiteren Teile seiner Zuschrift als ein Anhänger des „Schwab. Merkur“ vertretenen Standpunktes bezüglich der Einführung der Schiffahrtsgaben.

Katholischer Frauenbund. Vor etwa vierzehn Tagen ging eine Notiz durch die Zeitungen, daß die Direktion der Mittelbahn und das Rektorat der Volkshochschule in Freiburg den Stadtrat ersucht habe, auf die dortigen Geschäftsleute dahin einzuwirken, daß sie Schriften und Bildwerke stiftungsgebeuer nicht mehr anlegen und selbstliehen. Der dortige Stadtrat hat daraufhin in seiner jüngsten Sitzung beschlossen, wenn derartige Fälle ihm nachgewiesen werden, die einwigen geschäftlichen Beziehungen der Stadtwirtschaft zu solchen Unternehmern abbrechen. Kurze Zeit darauf wurde bekannt, daß auch der hiesige Stadtrat eine ähnliche Beschluß gefaßt habe. Man sieht hieraus, wie die Beziehungen im Kampf gegen die Schundliteratur immer bestimmter Gestalt annehmen. Die absolute Notwendigkeit, daß auch die Frau sich auf diesem Gebiete betätige, ist durch den vorerwähnten Einfluß, den sie auf die Gestaltung des Familienlebens hat, zur Genüge erwiesen, denn sie hat maßgebend ein Recht darauf, dafür zu sorgen, daß die Phantasie ihrer Kinder und der heranwachsenden Jugend nicht durch den leicht gemachten Verkauf der Schundliteratur und der sich breit machenden unethischen Bildwerke (Anschaffungsarbeiten) vergiftet wird. Aber eine sorgfältige Orientierung tut auch da not und so verdienen wir unsere Mitglieder nochmals auf den Vortrag von Fraulein Hedwig Dransfeld über Frauenpflichten auf dem Gebiete der Kunst und Literatur, der morgen (Freitag, 28. Mai), abends halb 9 Uhr im Rathausaal stattfindet. (Siehe Inserat.)

Ein großes Freudenfest wird der Pfingstmontag für unsere neuen Mitglieder im Stadteil Grünwinkel bringen. Die ehemalige Karlsruher St. Bonifatius wurde nach dem Stadteil Grünwinkel transferiert und ist im Gewände einer Tafelkirche so weit fertig gestellt, daß sie am zweiten Pfingstfesttag durch den hochw. Herrn Freudenherren Angerer die feierliche Benediktion erhalten wird. Um halb 10 Uhr beginnt die Feier mit der Weihe, hierauf ist Festpredigt mit leuchtendem Hochamt. Nachmittags 3 Uhr ist Einweihung des Kreuzweges, wobei der hochw. Herr Vater Prior Reichert aus Neuron predigen wird. Der weltliche Teil des Festes besteht Nachmittags in einem Bankett im Gartenaal und Garten des „Badiischen Hofes“. Grünwinkel war bisher die größte Gemeinde der Erzdiözese ohne eigene Pfarrkirche. Wir begreifen wohl die große Freude, endlich ein eigenes Gotteshaus zu erhalten.

Stadtparkkonzert. Morgen (Freitag), nachmittags 4 Uhr, konzertiert im Stadtpark die Kapelle des 2. Bad. Feld-Art.-Regts. Nr. 30 aus Maßstab unter Leitung des Herrn Musikleiters A. Krauß. Die Kapelle steht von ihrer früheren Konzerten her noch in guter Erinnerung und es dürfte sich deshalb das Konzert seitens des Publikums eines lebhaften Zuspruchs erfreuen. Die Musikabonnementskarten bleiben in Geltung, die Eintrittspreise sind die gewöhnlichen. Bei ungünstigem Wetter fällt das Konzert aus.

Der nächste evangelische Kirchenbau. Wir lesen im „Schwab. Merkur“: „In Karlsruhe bewerben sich zwei Stadteile, die Weststadt und die Südweststadt, um den nächsten evangelischen Kirchenbau. In beiden Stadteilen sind schon Baupläne erworfen, einer an der Weinbrunnstraße und einer an der verlängerten Karlsrufer. Dringend ist das Bedürfnis in beiden Stadteilen, doch dürfte nach Abwägung aller Verhältnisse die Südweststadt zunächst an die Reihe kommen. Im Gemeinderat wird der Vorschlag gemacht, zwei Kirchen zu gleicher Zeit zu erbauen, und zwar möglichst einfach, jede zu 800 000 Mk. statt einer einzigen zu 500 000 Mk. Gegen diesen Vorschlag spricht, daß nach Eröffnung des neuen Bahnhofs die Südweststadt ein bedeutender Stadteil werden wird, und daß in ihm jedenfalls eine monumentale kath. Kirche errichtet werden wird, gegen die evang. Kirche nicht zu sehr abfallen sollte.“

L. Katholischer Jugendverein der Mittelstadt. Am vergangen Sonntag machte der Verein einen Ausflug. Die Beteiligung vonseiten der Mitglieder und ihrer Angehörigen war zahlreich. Sollen sich doch allein etwa 70 Mitglieder eingefunden. Nach 9 Uhr morgens ging es auf „Schwäbische Wäppl“, die Musikkapelle an der Spitze, durch den Bildpark auf Wankensch nach Untergrombach, wo wir um 1 Uhr eintrafen. Nach einer kurzen Rast setzten wir unseren Marsch fort über den Wankenschberg, wo die neuerrichtete Kapelle besucht wurde, nach unferem Ziel Wankensch. Im katholischen Vereinshaus „Wankensch“ verbrachten wir mit den Mitgliedern des dortigen Jugendvereins, die mit ihrem Präses, dem Herrn Farnbacher, wöhler, uns begrüßt hatten, noch einige vergnügliche Stunden. Musikvortrüge unserer waderen Vereinskapelle und humoristische Vorträge sorgten reichlich für Unterhaltung. Gegen 9 Uhr abends brachten uns das Dampfboot wieder nach Karlsruhe zurück, hochbefriedigt über den so schönen Ausflug.

Ueber die Gartenabgabebewegung sprach im Dienstag abend auf Veranlassung der freien Studentenchaft der Friedrichiana Generaldirektor Kampffmeyer im Hofpark für Maschinenbau in der Technischen Hochschule. Trotz des schlechten Wetters hatten sich zahlreiche Studenten und andere Interessenten eingefunden. Unter Gartenabgabebewegung, bekante Wehner, verheiratet, man nicht nur, daß in einer Stadt zwischen dem Häusern Gärten angelegt werden sollen, sondern daß unter Ausschaltung der Spekulation planmäßig vorgegangen wird, und in Verbindung mit einer rationellen Wohnungsreform den künstlerischen und hygienischen Anforderungen entsprechende Stadteile auf gemeinschaftlichem Wege zu errichten. Wehner griff hierbei auf die Wohnungsfrage zurück u. a. über die Besuche auf ihrer Wohnung in verschiedenen Städten. Eine Zusammenfassung aller dieser Vorträge stelle die Gartenabgabebewegung dar, deren Entwicklung Wehner an einer Reihe englischer und deutscher Beispiele zeigte. Obwohl die Geschichte dieser Bewegung erst 10 Jahre zählt, habe sie schon große Erfolge zu verzeichnen. Die eigentliche Bewegung nahm ihren Ausgang von England. Die erste Gartenstadt in London habe jetzt 6000 Einwohner. Es wurde eine gewisse Distanzierung der Wohnorte, je nach ihrer Verwendung zur Grünanlage. In Deutschland zählte die Bewegung nach 4 Jahren 300 Anhänger, vorigen Herbst 600 und jetzt habe sich die Aufzählung des Organs bereits auf 5000 gesteigert. Auch in Karlsruhe wurde eine Ortsgruppe gebildet. Zunächst habe man ein Gartenstadtprojekt bei Wäppl in Aussicht genommen. Die Stadtwirtschaft zeigte aber nur platonisches Interesse und so wurde nichts daraus. Befondere Interesse fand das neue Projekt zwischen Karlsruhe und Durlach, dem zwar auch noch gewisse Schwierigkeiten entgegenstehen. Ein besonderer Vorteil liegt darin, daß die Häuser nicht einzeln, sondern mehrere zu gleicher Zeit von einem Architekten gebaut werden. So sei es möglich, ein Einfamilienhaus mit 3000 Mark zu erbauen; dazu kommen freilich noch die Kosten für den Baugrund mit etwa 1000 Mark und für Straßenanlagen und innere Einrichtung, so daß das ganze Haus auf etwa 5 bis 6000 Mark komme. In England werde eine Arie von etwa 320 Mark berechnet, wobei aus dem Garten allein 100 Mark zu erlösen seien. Wehner zeigte in einer Reihe von Bildern deutsche und englische fertige und geplante Gartenstädte und gab hierzu noch besondere Erläuterungen über Einzelheiten der Ausführung. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen, obwohl der Redner seine interessanten Ausführungen nicht gerade in schöner rednerischer Form darlegte. Verschiedene Anfragen, die der Redner beantwortete, zeigten, wie groß Interesse der Sache entgegengebracht wurde.

Grundbesitz und Vorkauf im Monat April. Liegenheitsarten wurden 44 (1908: 30) im Gesamtverwert von 600 833 Mk. (1908: 1722 811 Mk.) veräußert. Davon entfielen 25 (22) Umläge mit einem Wert von 1 590 176 Mk. (1827 319 Mk.) auf behaute und 19 (8) Umläge mit einem Wert von 40 637 Mk. (95 92 Mk.) auf unbebaute Grundstücke. Unter den letzteren befinden sich 8 (4) Bauzulassungen im Wert von 29 982 Mk. (81 805 Mk.). Bauzulassungen wurde 66 (62) eingereicht, darunter für Wohngebäude 14 (7). Baugenehmigungen wurden 61 (60) erteilt, darunter für Wohngebäude 11 (6). Bauabnahmen fanden 30 (40) statt, darunter für Wohngebäude 3 (6).

Die Einwohnerzahl hiesiger Stadt betrug Ende April 130 833.

Eisernechteldrama. In der Nacht zum 27. Mai gab ein 33 Jahre alter Tagelöhner aus Kirchlheim, nachdem er vorher aus Eiferlicht seine Frau zurückgelassen, in der Gottesackerstraße mit einem Revolver etwa vier harte Schüsse auf den vermeintlichen Mörder, ein Führer aus Wankensch, ab, ohne ihn zu treffen.

SS. Bernisch. Seit 26. Mai wird eine 31 Jahre alte, sehr robuste Frau mit ihrem 6 Jahre alten Sohne unter Umständen vermisst, welche darauf hielien lassen, daß sie hier oder in nächster Umgebung Nord- und Selbimord vermisst.

Diebstahl und Betrugsfälle. Am 13. d. M. erwiderte sich ein Dienstmädchen in einem hiesigen Schuhgeschäft 3 Paar Herrenschuhe im Werte von 46 Mk., angeblich für einen Herrn Doktor zur Anprobe, und verfiel dem von der hiesigen Bildhauerin, die 12 Jahre alter Mann aus Strohhagen stahl einen Tagelöhner 7 Mk. und einem Handelsmann 6 Mk., die er für Schwären und Edelsteinen ausgab. — Vom 20. auf 21. d. M. wurde in der Kaiserstraße ein Keller erbrochen und daraus 4 Flaschen Zint und 2 Gläser eingemachte Früchte entwendet. — Ein 30 Jahre alter lediger Weiber aus Durlach erbot im Auftrag seines erkrankten Ehemannes 20 Mk. Krankengeld und ging damit hinfort. — Wegen Diebstahls wurde ein Dienstmädchen aus Jaghlheim verhaftet, den das Amtsgericht Ludwigsburg verurteilt.

Schwinder. Ein 38 Jahre alter Provisionsreisender aus Baden kostierte bei einem Kolonialwarenhandler in der Weststadt für Waren, die er vermittelte, 37 Mk., obgleich er hierzu nicht berechtigt war, unterließ jedoch Betrag, so daß der betreffende Geschäftsmann seine Bedingung nochmals bezahlen mußte.

Verhaftet wurden: ein 21 Jahre alter Dienstmädchen aus Forstbach, das dringend vermisst ist, einem Herrn in einem hiesigen Gasthaus sein Portemonnaie mit etwa 90 Mk. gestohlen zu haben. — Dann ein 32 Jahre alter, hiesiger Schreiner aus Durmerheim und eine 42 Jahre alte geistliche Frau aus Altkirch, weil sie dringend vermisst sind einen 74 Jahre alten Mann in den Wald gelockt und ihm dort seine Uhr entwendet zu haben. — Ferner ein 24 Jahre alter Dienstmädchen aus Wankensch, das schon wegen Diebstahl wiederholt verurteilt ist und seiner Dienstherrschaft Arbeitsstücke im Betrage von 17 Mk. entwendete.

Vermischte Nachrichten.

Hd. Wien, 25. Mai. Auf der Diebstahlbahn des Eisenbahn-Ministeriums in Korneuburg ergelbte ein Zug, der mit 40 Soldaten besetzt war. 10 von ihnen wurden heruntergeschleudert, einer schwer, mehrere leichter verletzt.

Hd. Wien, 25. Mai. Der Weiser einer gemischten Fabrik, namens Müller, sein Weiser und dessen Braut wurden wegen Sachverrat-Schuldungen in großem Umfange verhaftet.

Genua, 23. Mai. Eine große Wande von Auswanderern, die ihr Arbeitsfeld in den Provinzen erwerbend, ist verhaftet worden. Die Untersuchung ergab folgendes: Überführt und gefänglich sind bis jetzt 16 der Hauptkategorie und Zugführer. Sie „arbeiten“ so, daß jeder der Dase einen Bund mit etwa 100 verschiedenen Kofferschlüssen besitzt, mit denen im

Gepäckwagen die Koffer geöffnet und auf ihren Inhalt geprüft wurden. Nach Entnahme der geeigneten Sachen wurden sie wieder regelrecht verschlossen. Die geraubten Gegenstände kamen in einen schon vorbereiteten Koffer mit Arbeitsstücken, mit dem einer der Komplizen, der gerade dienstfrei war, jeweils reiste. Dieser Pseudo-reisende reklamierter am Anfahrtsort seinen Koffer, bezogte eventuell, was zu bezollen war, und schaffte dann die Waare nach Marseille zu einem Käufer. Als vor einem halben Jahre einer der Beteiligten (ein Zugführer) verhaftet worden war, „arbeiten“ die anderen Mitglieder der Bande ruhig weiter. So feil waren sie von dem Schwärzen des Genossen überzeugt. Durch das Arrangement des Eisenbahnraubes bemerkten die Passagiere ihren Verlust oft erst nach längerer Zeit und glaubten, der Diebstahl habe nicht in der Eisenbahn, sondern — an irgend einem anderen Orte stattgefunden.

Rustschiffahrt. Hd. Friedrichshafen, 27. Mai. Wie verlautet, hat Graf Seppelt zu der Fahrt der Reichstagsabgeordneten, die am 6. Juni mit dem „Z II“ stattfinden soll, auch den Bundesrat eingeladen.

Friedrichshafen, 26. Mai. Das neue Rustschiff „Z II“ ist heute nachmittag 4 Uhr zu seiner ersten Probefahrt aufgehten. Er manövrierte um halb 5 Uhr in ca. 100 Meter Höhe über der Manneller Bucht. Die Manöver gelangen sehr gut. Die Reueinrichtungen haben sich bewährt. Die Propeller arbeiten ruhiger als bei den bisherigen Versuchen. Die Landung ging glatt von statten.

Telegramme und neueste Nachrichten.

Hd. Berlin, 26. Mai. Das preussische Staatsministerium hat sich in seiner letzten Sitzung mit den Ausführungen betreffend das Beamtenbesoldungsgezet beschäftigt, das Besoldungsgezet genehmigt und Mitsprache über die Reuebelegung des Kultusministeriums gepflogen. Die Auszahlung der höheren Gehälter, sowie die Nachzahlung der Wohnungsgeldzuschüsse für sechs Monate wird im Laufe des Juni erfolgen, spästens am 1. Juli bei der Gehaltszahlung.

Der Bundesrat genehmigte die vom Reichstage beschlossene Entlohnung betr. den Reichsinvalidenfonds, das Rüstwesen und den unlandeten Wettbewerb.

Die von den Marokkanern gefangen genommenen Deutschen Mannesmann und Viedner sind wieder in Freiheit gelangt.

Kandau i. Pers., 26. Mai. In Kandau a. d. S. starb am Dienstag früh Admiralitätsrat Georg von Neumayer im Alter von 83 Jahren. Mit ihm scheidet eine Persönlichkeit aus dem Leben, die zu den hervorragenden Männern der praktischen Wissenschaft gehört und als solche eine Bedeutung für die ganze Erde hatte. Neumayer war es, der zuerst die moderne Wissenschaft begründete, den Weg auf der See zu finden. Wohl hatte man seit Jahrhunderten den Kompaß, aber die Unkenntnis der Wasser- insbesondere der Witterungsverhältnisse vor immer noch ein gewaltiges Hindernis auf dem die Weltteile verbindenden Elemente. Neumayer hat hier eigens dem Drange folgend, allen seefahrenden Nationen die Wege gebahet. Neumayer war am 21. Juni 1826 in Kirchheimbolanden als Sohn des Igl. Notars Neumayer geboren. Hd. New-York, 26. Mai. Wie verlautet, beabsichtigt Präsident Taft einen Antrag einzubringen, das Kriegsbudget für 1909 um ca. 30 Millionen Dollar zu kürzen.

Zur Reichsfinanzreform. Hd. Berlin, 26. Mai. Die Finanzkommission des Reichstages erhöhte heute den in erster Lesung auf 30 Prozent belassenen Wertzuschlag auf Tabak auf 40 Prozent.

In der heutigen Nachmittags-Sitzung der Finanzkommission des Reichstages wurde beschlossen, den Zigarettenabak vom Wertzuschlag zu befreien. Der Zoll für eingeführten Zigarettenabak wird von 800 Mark, wie es die Regierungsvorlage vorschlug, auf 1200 Mk. erhöht, während der Satz für eingeführte Zigaretten entsprechend der Regierungsvorlage mit 400 Mk. angenommen wurde. Damit ist die Tabaksteuer in zweiter Lesung erledigt. Das Gesetz soll am 1. Oktober 1909 in Kraft treten. — Nach einer Pause begann dann die Finanzkommission die Beratung der Branntweinsteuer.

Hd. Berlin, 26. Mai. Der Reichschatzsekretär wird 8 Tage nach Pfingsten den neuen Entwurf einer Erbschaftsteuer den Mitgliedern der Finanzkommission zur Kenntnisnahme mitteilen. Der Entwurf sieht einen bei weitem nicht so großen Ertrag vor, wie er ursprünglich für die fallen gelassene Nachlasssteuer angenommen war.

Hd. Berlin, 27. Mai. Ein Teil der Besitzsteuer ist als Initiativvortrag der Konservativen gestern Nachmittags in der Finanzkommission eingegangen und zwar eine Erhöhung für Hochkaffee um 50 Proz., für gebrannten Kaffee um 33 1/2 Proz. und eine Erhöhung des Teezollses von 25 Mk. auf 50 Mk. pro Doppelzentner.

Hd. Berlin, 27. Mai. Wie das „V. Z.“ hört, hat gestern Abend im Reichschatzamt eine zweite Konferenz stattgefunden, an der wiederum Vertreter der Regierung und einige Mitglieder der Opposition teilnahmen. In der ersten Sitzung war hauptsächlich den amvenden Bankdirektoren und Bankiers eine Anzahl Fragen vorgelegt worden, über welche die Regierung ihre Ansicht zu hören wünschte. Nachdem sie mit einigen anderen Persönlichkeiten der Finanzwelt frühling genommen haben, haben gestern die Herren die gewünschte Auskunft erteilt. Wie verlautet, hat die Antwort in den meisten Fällen nicht allzu zustimmend gelaute.

Die Hochzeitsfeierlichkeiten in Dessau.

Dessau, 26. Mai. Heute nachmittag fand hier die Vermählung des Prinzen Friedrich zu Schaumburg-Lippe mit der Prinzessin Antoinette Anna von Anhalt statt. Am Nachmittags, kurz vor 6 Uhr, vollzog der Kaiser und Staatsminister v. Döllwig die handesamtliche Eheschließung. Daron schloß sich die kirchliche Trauung im großen Saale des Neßdenzschlosses. Der Eheschließung wohnten u. a. der König und die Königin von Württemberg, der Großherzog und die Großherzogin von Baden, die regierenden Fürsten und Fürstinnen von Schaumburg-Lippe teil.

Wahlen in Dänemark.

Kopenhagen, 26. Mai. Bei den Wahlen zum Folketing verlor die vom ehemaligen Ministerpräsidenten J. G. Christensen geleitete Linkengruppe 13 Mandate. Die Radikalen gewinnen 6, die Rechte 9 Sitze. Die Linkengruppe des Ministerpräsidenten Weergaard büßt 3 Sitze ein. Der Reichstag der Sozialdemokratie ist unverändert. — In Dänemark geriet das Wahllokal des 2. Wahlkreises in Brand. Das Resultat ist daher erst heute zu erwarten, da die Stimmzählung eine Verzögerung erlitten hat.

